MANNHEIM BEGRÜNEN

KOMMUNALWAHL PROGRAMM 2009

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Kapitel		Seite
1.	UMWELT UND NATUR	2
2.	ENERGIE UND VERSORGUNG	5
3.	VERKEHR UND MOBILITÄT	9
4.	STADTENTWICKLUNG UND METROPOLREGION	16
5.	WIRTSCHAFT UND ARBEIT	19
6.	FINANZEN	22
7.	SOZIALES, GESUNDHEIT UND DEMOGRAPHISCHER WANDEL	27
8.	KINDER, JUGEND UND BILDUNG	32
9.	GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND FRAUENPOLITIK	37
10.	INTEGRATION	40
11.	KULTUR	44
12.	FREIZEIT	47
13.	SPORT	51
14.	BÜRGERGESELLSCHAFT	53
15.	SICHERHEIT	56

Die eindrucksvollen Blicke
auf Mannheim stammen
von der Fotografin
PETRA ARNOLD
www.firefish.net
www.mannheimerleben.de

VORWORT

LIEBE MANNHEIMERINNEN UND MANNHEIMER,
wir Grüne wollen Mannheim zukunftsfähig machen. Daran orientiert sich unsere Politik, unser Denken und unser Handeln. Wir Grüne stehen für Toleranz, Freiheit, Demokratie, Nachhaltigkeit und umfassende Gerechtigkeit. Wir laden alle dazu ein, mit uns gemeinsam für deren Verwirklichung zu streiten.

DIE POLITIK STEHT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN:

- der Klimawandel
- die Finanz- und Wirtschaftskrise
- die zunehmende Spaltung der Gesellschaft
- die zunehmende Alterung der Bevölkerung
- die Krise des Bildungssystems
- die Integration

Auf diese Herausforderungen wollen wir mit dem vorliegenden Programm antworten.

WIR WOLLEN EINE POLITIK FÜR:

- Erneuerbare Energien, die das Klima schonen und neue Arbeitsplätze schaffen
- Umweltgerechte Mobilität, die den Menschen Raum zum Atmen und Leben lässt
- Nachhaltige Finanzpolitik ohne neue Belastungen für zukünftige Generationen
- Soziale Gerechtigkeit durch Teilhabe und Fürsorge statt Ausgrenzung
- Bildungschancen für alle – unabhängig von der Herkunft
- Transparenz in den Rathäusern und aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Am 7. Juni 2009 können Sie den grünen Einfluss deutlich stärken
und damit Mannheim voranbringen. Daher:

GRÜN WÄHLEN! MANNHEIM BEGRÜNEN!

1. UMWELT UND NATUR

Flächenverbrauch stoppen

Mannheim durchlüften

Lärm reduzieren

Schutz vor Elektrosmog

Natur schützen

Grünflächen pflegen

Eine gesunde Umwelt und eine intakte Natur sind die besten Nachbarn, die es gibt. Unsere Kommunalpolitik wird stets bessere Umweltbedingungen und den Schutz der Natur zum Ziel haben. Viele Entscheidungen mit erheblichem Einfluss auf Umwelt und Klima werden zwar in Berlin, Brüssel und anderenorts gefällt. Allerdings tragen auch viele Entscheidungen vor Ort ihren Teil zur dramatischen Entwicklung unseres Planeten bei. Dies ist hier in Mannheim unmittelbar spürbar. Denn Lebensqualität an sich ist nicht messbar. Wohl aber, was sie ausmacht, zum Beispiel gute Luft, gesunder Boden, wenig Lärm, abwechslungsreiche Landschaft, artenreiche Natur und die Chance zur Naherholung. An diesen Indikatoren wollen wir nicht nur unsere Umweltpolitik messen. Vielmehr müssen wir uns in Mannheim der vielen Wechselwirkungen zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Belangen bewusst werden und Entscheidungen nach ihren Auswirkungen auf die genannten Bereiche ausrichten.

Dafür fordern wir als Grundlage ein ökologisches Gesamtkonzept für Mannheim. Es soll gewährleisten, dass Sicherungs- und Vorsorgemaßnahmen stets in Entscheidungen mit einbezogen werden. Das gilt insbesondere für den Grundwasserschutz, den Schutz von Natur und Landschaft, die Biotopvernetzung und nicht zuletzt für den Klimaschutz.

FLÄCHENVERBRAUCH STOPPEN

Mannheim ist so dicht bebaut wie nur wenige andere Städte in Deutschland. Und der Flächenverbrauch geht rasant voran. Freiflächen für die Erholung der Bevölkerung, die natürliche Regulierung des örtlichen Klimas, eine artenreiche Natur, eine verbrauchernahe Landwirtschaft und den Schutz von Wasser und Böden nehmen ab.

Deshalb fordern wir den sofortigen Stopp von Neuausweisungen von Baugebieten sowohl für Gewerbeansiedlung als auch für die Schaffung neuen Wohnraums. Alternativen gibt es genug: 750 Hektar umfassen allein die aktuellen und künftigen Konversionsflächen. In der Umnutzung dieser militärisch genutzten Flächen, die teilweise schon geräumt sind und zum größeren Teil in den kommenden Jahren frei werden, liegt ein gewaltiges Entwicklungspotenzial für unsere Stadt. Aus blindem Flächenverbrauch muss intelligente Flächennutzung werden.

Die Stadt muss sich eine Selbstverpflichtung auferlegen, nur auf bereits genutztem Gelände neue Bebauung zuzulassen, sei es auf ehemaligem Militärgebiet oder auf Industriebrachen. Gleichzeitig muss ein Kataster von aufgelassenen Flächen erstellt werden , die – von Altlasten befreit – der Natur und damit den Bürgerinnen und Bürgern zur Naherholung zurückgegeben werden müssen.

MANNHEIM DURCHLÜFTEN

Naturschneisen erfüllen die extrem wichtige Funktion der Be- und Entlüftung. Diese Freiflächen zwischen Pfälzerwald und Odenwald bringen frische Luft in die Städte und ermöglichen den Abzug der Warmluft. Expertinnen und Experten prognostizieren eine erhebliche Zunahme von Hitzetagen in der Metropolregion: Steht dann auch noch die Luft still, macht das die Menschen krank, vor allem Kinder und Ältere. Wir fordern die Ausweisung von Klimaschneisen und ein striktes Bebauungsverbot der drei auf dem Stadtgebiet gelegenen Klimaschneisen. Denn das Fachmarktzentrum bei Sandhofen und die SAP-Arena bei Neuhermsheim wurden mitten in solche Schneisen gebaut – das städtische Klima leidet erheblich darunter. An mehr als 100 Tagen im Jahr herrschen in Mannheim Inversionswetterlagen, die Smog oder smogähnliche Zustände verursachen; an gut 50 Prozent aller Tage ist es nahezu windstill. Es ist daher extrem wichtig, den Luftaustausch nicht zusätzlich durch Bauwerke an der falschen Stelle zu behindern.

LÄRM REDUZIEREN

Die gesundheitlichen Folgen von Lärm sind erheblich. Und dennoch wird in Mannheim so gut wie nichts für Lärmminderung und Lärmschutz getan. Immerhin: Die strategische Lärmminderungskarte hat die Problemzonen in der Stadt aufgezeigt. Jetzt müssen zügig Lärmschutzmaßnahmen entlang der Riedbahn und im Bereich Alteichwald sowie das Ende des Flugbetriebs auf dem Verkehrslandesplatz in Neuostheim und auf dem Militärgelände der Coleman-Barracks bei Sandhofen folgen. Daneben werden wir auch Maßnahmen ergreifen, um Gebiete, die besonders stark von Lärm durch Autoverkehr betroffen sind, zu entlasten. Vorrang hat dabei die Vermeidung von Lärm, passive Lärmschutzmaßnahmen wie Lärmschutzfenster sind für uns nur die zweitbeste Lösung.

SCHUTZ VOR ELEKTROSMOG

Der Ausbau der mobilen Kommunikation führt zu einer Zunahme von Elektrosmog. Zur Reduzierung von Gesundheitsrisiken, die von Sendeanlagen und Stromleitungen ausgehen, fordern wir großzügige Schutzzonen um sensible Bereiche wie Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen und Altersheime. Die Standorte von Sendeanlagen sind der Bevölkerung offenzulegen.

NATUR SCHÜTZEN

Freiflächen und vor allem Schutzgebiete haben eine Vielzahl von Funktionen: Sie sichern das Grundwasser, ermöglichen verbrauchernahe Landwirtschaft, bieten Erholung vor der Haustür, erhalten den Artenreichtum und bewahren das kulturelle Erbe der menschlichen Nutzung der Landschaft.

Unserer Initiative sind zahlreiche Unterschutzstellungen wichtiger Naturräume in Mannheim zu verdanken. Wir wollen jedoch weitere Natur- und Landschaftsschutzgebiete – sowie die Aufwertung bestehender Gebiete. Besonders im Blick haben werden wir dabei die Landschaftsschutzgebiete Langgewann zwischen Feudenheim und Wallstadt, Weidenbergel in Käfertal, Krähenflügel in Sandhofen und Schönau, den Dossenwald zwischen Rheinau und Friedrichsfeld sowie das Aufeld in Neckarau.

GRÜNFLÄCHEN PFLEGEN

Städtische Grünflächen und Parks brauchen Pflege. Eine naturnahe Bewirtschaftung setzt Akzente im Stadtbild und ermöglicht gute Erholung auf diesen Flächen. Der Einsatz von Giftstoffen, auch so genannten Bioziden, muss verboten werden. Die öffentlichen Spielplätze sollen naturnah gestaltet werden, um Natur auch für Stadtkinder erfahrbar zu machen. Grünflächen, wie zum Beispiel auch die auf dem Paradeplatz und um den Wasserturm, sollen für jede und jeden begeh- und benutzbar gemacht werden.

2. ENERGIE UND VERSORGUNG

Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen

Energie einsparen und CO_2 mindern

Öffentlichen Fuhrpark umstellen

Land- und Forstwirtschaft ohne Gentechnik

Abfall vermeiden und sinnvoll verwerten

Stadtentwässerung zurück in städtische Hand

ERNEUERBARE ENERGIEN UND KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG AUSBAUEN

Kommunale Energiepolitik ist stark an Landes- und Bundespolitik gebunden. Doch haben wir auf regionaler Ebene erreicht, dass ein Energiekonzept erstellt wurde – mit eindeutigem Ergebnis: Der Bedarf der Stadt Mannheim und sogar der ganzen Metropolregion Rhein-Neckar kann mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Wir fordern die Umsetzung des Erneuerbare-Energien-Konzepts, damit wir im Jahr 2030 unseren Bedarf tatsächlich vollständig aus erneuerbaren Energien decken können. Wir werden uns deshalb auch weiterhin mit allen Mitteln gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerksblocks in Mannheim einsetzen.

Die Errichtung von dezentralen Blockheizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung und einem Wirkungsgrad von 90 Prozent im Fernwärmenetz auf Basis erneuerbarer Energien muss vorangetrieben werden. Dazu gehört auch, große Industriebetriebe sowie das Biomassekraftwerk auf der Friesenheimer Insel an das regionale Fernwärmenetz anzuschließen.

ENERGIE EINSPAREN UND CO_2 MINDERN

Solarenergie von den Dächern, Wärmedämmung, der Bau von Nullenergiehäusern: Diese Maßnahmen ermöglichen die Gewinnung umweltfreundlichen Stroms und helfen, Energie in erheblichem Maße einzusparen. Mannheim muss mit gutem Beispiel vorangehen und massiv in die Gebäudesanierung unter energetischen Gesichtspunkten investieren, was im Übrigen auch viel Geld sparen hilft. Sowohl die Stadt selbst als auch die privaten Hausbesitzerinnen und -besitzer sind hier gefragt.
Mit kommunaler Förderung lassen sich entsprechende Anreize schaffen. Der Etat für diese Förderung muss in den nächsten fünf Jahren schrittweise auf den dreifachen Betrag erhöht

werden. Neben der finanziellen Unterstützung ist die Beratung entscheidend. Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Energieagentur für die gesamte Metropolregion. Diese richtet sich neben den Privathaushalten und der Stadt vor allem an Sport- und Kultureinrichtungen. Diese müssen in Sachen Energieeinsparung beraten werden. Mit Energieberichten führt die Verwaltung sich selbst und dem Gemeinderat das Einsparpotenzial vor Augen.

ÖFFENTLICHEN FUHRPARK UMSTELLEN

Das Rathaus und die städtischen Tochtergesellschaften müssen für die Mobilität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt auf die Alternativen zum eigenen Fuhrpark setzen. Eine Möglichkeit ist Carsharing, welches gewährleistet, dass die Fahrzeuge effizient genutzt werden sowie modern und damit möglichst umweltfreundlich sind. Bei Anschaffung eigener Fahrzeuge müssen solche mit Hybrid- oder Gasantrieb Vorrang haben. Gleichzeitig soll die Stadt bei umweltfreundlicher Mobilität mit gutem Beispiel vorangehen und Dienstfahrräder anschaffen.

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Wir fordern ein Verbot gentechnisch veränderten Saatguts für alle landwirtschaftlichen Flächen in Mannheim. Landwirtschaft, die Rücksicht auf die Natur nimmt, ist uns ein besonderes Anliegen. Sorgt sie doch für die verbrauchernahe Versorgung unserer Bevölkerung und für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Zum Erhalt von Nutzbiotopen wie Feldrainen, Wiesen und Streuobstwiesen ist sie unverzichtbar.
Bei den städtischen Wäldern muss die naturnahe Bewirtschaftung Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit haben. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Forstwirtschaft muss wieder auf den Stand des Jahres 2000 erhöht werden.

ABFALL VERMEIDEN UND SINNVOLL VERWERTEN

Wir fordern den Rückbau von Abfallverbrennungskapazitäten, um weitere Gebührensenkungen zu ermöglichen. Die derzeitige Überkapazität ist Grund für seit Jahren überhöhte Gebühren – zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns für den Ausbau von Trenn- und Sammelsystemen ein. Beim Sperrmüll wollen wir das neue Abrufsystem abschaffen und zum alten System der Straßensammlung zurückkehren.

STADTENTWÄSSERUNG ZURÜCK IN STÄDTISCHE HAND

Wir fordern das Ende der US-Leasing-Geschäfte: Sie müssen schnellstmöglich gekündigt und die Stadtentwässerung wieder in die städtische Gesellschaft eingegliedert werden. Die Umsetzungsvorschläge aus dem Masterplan Kläranlage 2020 werden von uns abgearbeitet, um auch den ökologischen Anforderungen gerecht zu werden und den Veränderungen standzuhalten. Die energetische Unabhängigkeit der Kläranlage wird von uns weiter unterstützt.

3. VERKEHR UND MOBILITÄT

Öffentlichen Personennahverkehr deutlich verbessern

Verkehrsmittel besser verknüpfen

S-Bahn ausbauen

Hauptbahnhof ausbauen – Bypass verhindern

Vorrang für den Fahrradverkehr

Fußgänger schützen

Carsharing ausbauen

Autoverkehr vermeiden und lenken

Flughafen schließen

Urbanes Leben ist ohne Mobilität undenkbar: Sich zu Fuß und mit den verschiedenen Verkehrsmitteln problemlos bewegen zu können, ist für die Bürgerinnen und Bürger ein wesentlicher Bestandteil städtischer Lebensqualität. Gleichzeitig wird insbesondere der motorisierte Individualverkehr immer mehr zum umwelt- und klimapolitischen Sorgenkind. Die Emissionen des innerstädtischen Autoverkehrs belasten das Klima sowie unmittelbar vor Ort die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen deshalb einen Mix aus Mobilitätsangeboten, der zur Fortbewegung zu Fuß, per Fahrrad und mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) anregt. Mit Carsharing wollen wir eine Form der individuellen Automobilität fördern, die, im Vergleich zum privaten Autobesitz, Umwelt und Klima schont.

ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR DEUTLICH VERBESSERN

Leider wurde in Mannheim in den letzten Jahren beim ÖPNV mehr rationalisiert als investiert. Das schlechtere Angebot führte zu stagnierenden Fahrgastzahlen – und die wiederum zu weiteren Angebotskürzungen. Das ist der falsche Weg. Unsere Forderungen an den ÖPNV zielen auf eine rasche Angebotsverbesserung und auf die langfristige Verbesserung im Netz und in der Qualität. Das Primat der Kostendeckung – insbesondere bei Betrachtung einzelner Strecken – muss der Vergangenheit angehören.

UNSERE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN:

- Verdichtung des Taktes
- Taktung an zentralen Umsteigestellen wie Paradeplatz und Hauptbahnhof
- Einrichtung neuer Haltestellen
- Einführung eines auch außerhalb der Quadrate gültigen Kurzstreckentickets
- Erhalt der Mehrfahrtenkarten
- Einrichtung eines elektronischen Fahrgastinformationssystems in den Fahrzeugen und an den Haltestellen

- Bau neuer Stadtbahnlinien:
  in die Gartenstadt und andere nördliche Stadtteile
- die Querspange vom Lindenhof zum Neckarauer Übergang
- Schaffung eines Fahrgastbeirates, denn die besten Experten
  sind die Kundinnen und Kunden
- Umbau von Stadtbahntrassen, so dass auch Busse sie befahren können

Wir wollen, dass mehr Menschen die umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Daher setzen wir uns in einem ersten Schritt dafür ein, dass Busse und Stadtbahnen am Wochenende in der Umweltzone gratis genutzt werden können.

VERKEHRSMITTEL BESSER VERKNÜPFEN

Zentral für mehr umweltfreundliche Mobilität ist die bessere Verknüpfung der einzelnen Verkehrsmittel. Der Hauptbahnhof in Mannheim ist dafür der beste Ort. Dort fordern wir die Schaffung einer zentralen Umsteigestelle zwischen Stadtbahn, Stadtbus und den Zügen des Bahn-Fern- und Nahverkehrs einschließlich der S-Bahn. Dafür ist ein weiterer Bahnsteig für die Stadtbahnen auf dem Willy-Brandt-Platz vor dem Hauptbahnhof notwendig. Außerdem müssen am Hauptbahnhof mehr überdachte Fahrradabstellplätze geschaffen werden.
An allen zentralen Haltestellen des ÖPNV muss eine ausreichende Anzahl überdachter Fahrradständer ebenso selbstverständlich sein wie Carsharing- und Taxi-Stationen in unmittelbarer Nähe. Ebenso fordern wir eine Verbesserung der Übergänge von Bussen zu Stadtbahnen: Wo Haltestellen umgebaut oder neu eingerichtet werden, muss der Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln an denselben Bahnsteigen ermöglicht werden.

S-BAHN AUSBAUEN

Wir fordern die Einführung der S-Bahn auf allen Regionalstrecken im Rhein-Neckar-Raum mit einem integralen Taktfahrplan und insgesamt verbessertem Takt. Wir streben den 15-Minuten-Takt an. Auch bei der S-Bahn halten wir ein Fahrgastinformationssystem und eine Fahrplanauskunft sowohl im Bahnhof als auch in den Zügen sowie über mobile Geräte für geboten.

Dringend geboten sind der Ausbau der Haltestellen SAP-Arena, Seckenheim, Rheinau und Käfertal, der Bau einer neuen Haltestelle zwischen Schönau und Blumenau und der nach Südwesten verschobene Bahnhof Neckarau als Kompaktbahnhof. Alle Haltestellen müssen auf einen besseren Standard gebracht werden, dazu zählen Unterstände und Wartehallen mit Sitzgelegenheiten, eine ausreichende Anzahl überdachter Fahrradständer, Toiletten, Taxistände und Kioske.

HAUPTBAHNHOF AUSBAUEN – BYPASS VERHINDERN

Den Bau des so genannten Bypasses und damit eine ICE-Umfahrung Mannheims lehnen wir strikt ab. Der Hauptbahnhof Mannheim muss ICE-Knoten bleiben. Die Stadt Mannheim muss sich nachdrücklich für den Ausbau des Hauptbahnhofes einsetzen.

Auch Fernbusse sind eine umweltfreundliche und preisgünstige Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Die Zu- und Ausfahrt des zentralen Busbahnhofs für Fern- und Reisebusse in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs muss allerdings verbessert werden. Dazu ist eine Querspange zur Ausfahrt der Busse von der Heinrich-von-Stephan-Straße zur Reichskanzler-Müller-Straße nötig.

VORRANG FÜR DEN FAHRRADVERKEHR

Das Fahrrad ist insbesondere in der Stadt ein sehr effizientes Fortbewegungsmittel: Dessen Potenzial für die Nahmobilität in Mannheim wird bei weitem nicht ausgenutzt. Ausgerechnet in der Heimat von Fahrrad-Erfinder Drais jedoch haben es Fahrradfahrer schwer. In anderen Großstädten liegt der Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen schon jetzt teilweise bei über 30 Prozent. So streben wir eine Erhöhung des Radverkehrs in Mannheim bis 2015 auf 20 Prozent und bis 2030 auf 40 Prozent an. Als Grundlage muss der jeweilige Anteil der unterschiedlichen Verkehrsmittel am Gesamtverkehr ermittelt werden (so genannter Modal Split). Ein entsprechendes Gutachten muss die Stadt in Auftrag geben.

UNSERE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN:

- Schnelle Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans mit den vorgesehenen Fahrradwegen
- Schaffung von gut ausgeschilderten durchgehenden Radverbindungen, die alle Stadtteile untereinander und mit dem Stadtzentrum verbinden
- Bau durchgehender Radwege entlang des Rings, der Bismarckstraße und der Augustaanlage
- Vorrang für den Radverkehr an Ampeln
- Zweirichtungsverkehr für Radfahrer in allen Einbahnstraßen, in denen das gesetzlich möglich ist
- Einrichtung von Fahrradspuren und Fahrradstraßen
- Schaffung von überdachten Fahrradabstellplätzen an den wichtigsten ÖPNV-Knotenpunkten
- Einrichtung einer gut ausgestatteten Stelle eines Beauftragten für Fußgänger und Radfahrer in der Stadtverwaltung und Einrichtung eines städtischen Arbeitskreises Radverkehr, besetzt mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalpolitik, Verwaltung, Fahrradinitiativen und Umweltverbänden
- Analog zur Stellplatzverordnung für Pkw fordern wir eine Fahrrad-Stellplatzverordnung, damit adäquate Fahrradstellplätze vor Geschäften sowie in Höfen von Wohngebäuden und Parkhäusern geschaffen werden.
- Aktives Marketing für das Radfahren durch die Stadt; Anreize zum Umsteigen durch Prämien und Kampagnen
- Schaffung eines dichten Netzes von Leihradstationen
- Modellversuche für shared space (Straße für alle) in der Innenstadt und in den Vororten

FUSSGÄNGER SCHÜTZEN

Zu Fuß gehen verbindet das Nützliche mit dem Angenehmen und Gesunden – es belebt die Stadt. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, zu Fuß zu gehen. Fußgängerwege und -zonen und öffentliche Plätze müssen so gestaltet werden, dass sie ausreichend Platz bieten und sie zum Aufenthalt einladen. So genannte Angsträume, zum Beispiel dunkle Ecken, müssen vermieden werden.

CARSHARING AUSBAUEN

Das Auto ist nur eine Möglichkeit – und nicht immer die beste – Wege zu überbrücken. Gerade der Mix unterschiedlicher Verkehrsmittel für unterschiedliche Gelegenheiten ermöglicht großstädtische Mobilität für alle. Ein Baustein ist das Carsharing, also das gemeinsame Nutzen von Fahrzeugen. Ein gutes Carsharing-Angebot benötigt gut erreichbare und attraktive Carsharing-Stationen an zentralen Stellen. Hier muss die Stadt mit all ihren Möglichkeiten dazu beitragen, dass ein dichtes Netz an Stationen mit einer ausreichenden Anzahl an Stellplätzen angeboten werden kann.

AUTOVERKEHR VERMEIDEN UND LENKEN

Um Autoverkehr zu vermeiden ist es notwendig, dass Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs auch ohne Auto gut verfügbar sind. Einkaufsmärkte auf der grünen Wiese führen unmittelbar zu mehr Autoverkehr. Im Interesse einer lebenswerten Stadt wollen wir die Stadtteilzentren stärken und dafür sorgen, dass die Versorgung mit den Artikeln des täglichen Bedarfs weitgehend in den Stadtteilzentren gewährleistet ist. Das ist auch im Interesse der Menschen, denen kein Auto zur Verfügung steht. Sie sollen ihre Einkäufe zu Fuß oder mit dem Fahrrad „um die Ecke“ tätigen können.

UNSERE FORDERUNGEN IM EINZELNEN:

- Tempo 30 wo rechtlich möglich auch in Erschließungs- und Durchgangsstraßen einführen
- Berechnung der Kosten der unterschiedlichen Verkehrsmittel und Berücksichtigung bei Entscheidungen des Gemeinderates

- Erhöhung von Parkgebühren, um Anreize zu schaffen, das Auto stehen zu lassen
- Erweiterung der Umweltzone
- Eine Parallelfinanzierung von Straße und ÖPNV lehnen wir ab; Vorrang muss der ÖPNV haben.
- mindestens zwei autofreie Wochenenden pro Jahr im Innenstadtbereich innerhalb des Rings
- Sperrung von Kunststraße und Fressgasse für Kraftfahrzeuge auf gesamter Länge und Umbau zur Fußgängerzone. Die Zufahrt der Parkhäuser muss gewährleistet bleiben.
- Bis Ende der Legislatur im Jahr 2014 muss die Stadtverwaltung ein Konzept vorlegen, wie sich die Sperrung von Teilen der Quadrate für den Kraftfahrzeugverkehr umsetzen lässt.

UNSERE FORDERUNGEN ZUM STRASSENBAU:

- Die Westumfahrung muss zur Entlastung von Jungbusch, Neckarstadt und Innenstadt verwirklicht werden. Eine direkte Anbindung an die Südtangente lehnen wir jedoch ab, da hierdurch zusätzlicher Verkehr durch die Stadt geführt würde.
- Die Unterhaltung bereits bestehender Straßen muss Vorrang vor dem Bau neuer Straßen haben.
- keine Rheinquerung bei Altrip

FLUGHAFEN SCHLIESSEN

Wir lehnen Kurzstreckenflüge innerhalb Deutschlands ab, weshalb wir für die Schließung des Verkehrslandeplatzes Mannheim eintreten. Bis das politisch durchsetzbar ist, setzen wir uns für eine Ausweitung der Ruhezeiten und ein umfassendes Nachtflugverbot ein. Gegen den Flughafen in Mannheim sprechen unter anderem Sicherheits- und Umweltbedenken, der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner und das Defizit, das sein Betrieb dem städtischen Haushalt beschert. Die Fahrzeit zum Flughafen Frankfurt/Main beträgt mit dem ICE etwa eine halbe Stunde. Mannheim ist damit optimal an den internationalen Flugverkehr angeschlossen. Das gilt für privat Reisende ebenso wie für Geschäftsleute. Als Alternative zu den Linienverbindungen von Mannheim nach Hamburg, München und Berlin bieten sich die ICE-Verbindungen an. Auch einen Flugplatz auf dem Gelände der Coleman-Barracks im Mannheimer Norden lehnen wir ab.

4. STADT-ENTWICKLUNG UND METROPOL-REGION

Flächen richtig nutzen

Chancen der Konversion nutzen

Verkehrliche Stadtentwicklung

Maßnahmen zur Luftreinhaltung

Zusammenarbeit in der Metropolregion

Mannheim muss eine Stadtentwicklungspolitik betreiben, die die einzelnen Stadtteile stärkt und trotzdem das Zentrum nicht vernachlässigt.

Die Entmischung, das heißt die komplette räumliche Trennung von Wohn-, Arbeits-, Kultur- und Freizeitbereichen muss, wo es sinnvoll und für die Belange des Wohnens möglich ist, beendet und rückgängig gemacht werden. So wird durch Zusammenführung dieser einzelnen Funktionen zu einer sozial- und ökologisch verträglichen Innenentwicklung der Stadtteile, zum Beispiel durch dezentrale Arbeitsstätten (Bürogemeinschaften) das Verkehrsaufkommen reduziert. Bei der Bebauungsplanung für Wohnraum ist immer zu prüfen, ob Baugemeinschaften beteiligt werden können.

FLÄCHEN RICHTIG NUTZEN

In der Fortschreibung des Raumordnungsplans, des Regionalplans und des Flächennutzungsplans wird diese Erkenntnis einer engen Verzahnung der Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrspolitik in den Fachplänen verankert. Das Zentrenkonzept dient dafür als Grundlage. Vergangene siedlungs- und gewerbepolitische Fehlentscheidungen müssen korrigiert oder durch ökologische Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Das gilt vor allem für gemarkungsübergreifende Planungen.

Die unerwünschte Ansiedlung großflächiger Handelsmärkte auf der grünen Wiese oder vor den Toren der Stadt wird dadurch verhindert. Investitionen werden in die Innenstadt und die Stadtteile gelenkt.

CHANCEN DER KONVERSION NUTZEN

Der Abzug der US-Armee bietet Mannheim große Chancen in der Stadtentwicklung. Das zu erstellende Konzept zur Nutzung der Konversionsflächen muss sozialen und ökologischen Ansprüchen genügen. Wir fordern, dass bei der Planung Bürgerinnen und Bürger sowie die interessierten gesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden. Die Umsetzung des Konzepts soll bis zum Jahr 2014 erfolgen.

VERKEHRLICHE STADTENTWICKLUNG

Verkehrsentwicklungsplan, Freiraumsicherungskonzept und das Modell räumlicher Ordnung sind städtebauliche Instrumente, die wir weiterentwickeln und fortschreiben wollen.

Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Förderung des Nahverkehrs sowie des Fuß- und Fahrradverkehrs müssen ausgeschöpft werden. Wir sehen den Nahverkehrsplan von Mannheim als wichtiges Instrument zur Förderung des ÖPNV in Mannheim bis zum Jahre 2020 an.

Die aktuell insgesamt 920 Kilometer Brücken, Plätze, Straßen und Wege im Stadtgebiet von Mannheim sollen nicht erweitert werden. Die Zurückgewinnung von Straßenraum ist eine notwendige Stadtreparatur bis zum Jahre 2020.

SÄMTLICHE MASSNAHMEN DER VERKEHRSPOLITIK MÜSSEN STETS IM EINKLANG MIT FOLGENDEN KRITERIEN STEHEN:

- Klimaschutz durch Minderung des CO_2-Ausstoßes
- Vermeidung von Sommersmog und gesundheitsbelastenden Stoffen (kanzerogene Stoffe, Stickoxide und flüchtige organische Verbindungen)
- Lärm-, Biotop-, Landschafts-, Wasser- und Grundwasserschutz
- Stadtverträglichkeit, Beachtung der Wohnumfeldbedingungen
- Genderaspekte, das heißt, dass alle Bevölkerungsgruppen mit ihrem Mobilitätsverhalten entsprechend ihrem Anteil bei Investitionen berücksichtigt werden müssen.

MASSNAHMEN ZUR LUFTREINHALTUNG

Der Luftreinhalteplan und seine rechtliche Wirkung wird zwischen Darmstadt, Worms, Neustadt, Speyer, Hockenheim, Mannheim, Heidelberg und Weinheim ausgeweitet. Der Maßnahmenkatalog zur Luftreinhaltung muss in einem Zeitraum von zwei Jahren nach Erstellung umgesetzt werden.

ZUSAMMENARBEIT IN DER METROPOLREGION

Mannheim ist Teil der Metropolregion Rhein-Neckar. Wir wollen die Zusammenarbeit in der Metropolregion stärken und Kirchturmdenken überwinden. Denn die Herausforderungen der Zukunft – Klimawandel, Energiewende und demografischer Wandel können wir nicht alleine meistern. Als Grüne arbeiten wir in der Metropolregion bereits eng zusammen – wir haben uns ein gemeinsames Wahlprogramm für die gesamte Metropolregion gegeben. Hinter diesem Programm stehen wir Mannheimer Grüne und setzen uns für dessen Umsetzung ein.

5. WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Existenzgründungen fördern

Neue Kriterien für öffentliche Vergaben

Stadtmarketing

Die Einkaufsmetropole stärken

Verlässliches Ja zum Zentrenkonzept

Eine aktive Beschäftigungsförderung

Zu einer attraktiven Stadt gehört eine funktionierende Wirtschaft. Sie bildet gemeinsam mit einer gesunden Umwelt und einem intakten sozialen Gefüge die Grundlage für ein menschenwürdiges Dasein – und sie bietet Arbeits- und Ausbildungsplätze. Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen.

Mannheim hat ein enormes wirtschaftliches Potenzial – wir wollen es nutzen und entwickeln. Dabei arbeiten wir uns nicht an zweifelhaften Großprojekten ab, und wir beschränken uns nicht auf das Hofieren von Konzernen. Sicher: Große Unternehmen tragen eine große Verantwortung, für die Wirtschaft im Allgemeinen und für Arbeitsplätze in unserer Stadt im Besonderen. Wir orientieren uns aber stärker an Kleinbetrieben und mittelständischen Unternehmen, denn sie schaffen den größten Teil der Arbeitsplätze in Mannheim und wirtschaften gewöhnlich nachhaltiger als große Industriebetriebe. Neben den Geschäftsleitungen sind für uns immer auch die Betriebsräte Gesprächspartner in den Unternehmen.

EXISTENZGRÜNDUNGEN FÖRDERN

Kluge Köpfe nicht nur in Mannheim auszubilden, sondern sie zu ermutigen, mit frischen Ideen neue Arbeitsplätze zu schaffen, muss ein Ziel der Wirtschaftsförderung sein. Zu sehr noch ist Wirtschaftsförderung an einem überkommenen Unternehmerbild orientiert. Die bisherigen Existenzgründerzentren wollen wir deshalb stärken und weiter entwickeln. Die spezifischen Beratungs- und Finanzierungsangebote für weibliche Existenzgründer durch das Existenzgründerinnenzentrum müssen in ihrer Finanzierung langfristig sichergestellt werden. Denn Frauen sind oft in einer anderen Situation, doch erfahrungsgemäß nicht minder erfolgreich, bei ihrem Schritt in die Selbständigkeit. Neben dem deutsch-türkischen Wirtschaftszentrum braucht es für Migrantinnen und Migranten auch eine Förderung in der Breite durch die allgemeinen Institutionen der Wirtschaftsförderung. Wir wollen gezielt Finanzierungs-, Sprach- und interkulturelle Schwierigkeiten über spezifische Ansprachen überwinden, und so den Wirtschaftsstandort Mannheim stärken. Daneben halten wir es für notwendig, die „grüne Wirtschaft“ in Mannheim stärker zu fördern und Existenzgründungen an den Mannheimer Hochschulen voranzutreiben. Auch die Chancen der Kreativwirtschaft müssen in Zukunft durch spezielle Angebote im Rahmen der Wirtschaftsförderung noch stärker genutzt werden.

NEUE KRITERIEN FÜR ÖFFENTLICHE VERGABEN

Die Stadt muss sich zu ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung bekennen und sowohl bei der Vergabe öffentlicher Aufträge als auch bei Fördermitteln neben der Wirtschaftlichkeit ökologische und soziale Kriterien zugrunde legen. Die Berücksichtigung dieser Nachhaltigkeitskriterien stärkt das regionale Handwerk und Dienstleistungsgewerbe. Um transparente öffentliche Ausschreibungsverfahren dauerhaft zu gewährleisten, werden wir Unternehmen, denen Bestechung nachgewiesen wurde, mittels eines Antikorruptionsregisters von Aufträgen ausschließen.

STADTMARKETING

Wir unterstützen ein ambitioniertes Stadtmarketing, das die Stärken Mannheims bundesweit bekannter macht – und gleichzeitig Schwächen analysiert und frühzeitige Strategien entwickelt. Die touristischen Stärken Mannheims sind ganz klar herausragende Kongresse und bedeutende Kultureinrichtungen: Diese müssen stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Die strategische Verantwortung für das Stadtmarketing muss beim Gemeinderat liegen, was ein Engagement der Wirtschaft aber nicht ausschließen darf.

DIE EINKAUFSMETROPOLE STÄRKEN

Mannheim zählt bundesweit zu den attraktivsten Einkaufsmetropolen – und soll es auch weiterhin bleiben. Der Einzelhandel ist einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Stadt. Wir wollen die über 10.000 Arbeitsplätze hier behalten.

Untersuchungen und eigene Erfahrungen zeigen: Die Attraktivität einer Innenstadt gegenüber den Einkaufstempeln auf der Grünen Wiese hängt ganz wesentlich von der Attraktivität und der Größe der verkehrsberuhigten beziehungsweise der Fußgängerzonen ab. Wir fordern die Schaffung einer verkehrsberuhigten Zone auf der gesamten Länge der Kunststrasse und der Fressgasse – das stärkt die Attraktivität der Innenstadt und damit den Einzelhandel. Eine neue Fußgängerzone würde Lebensqualität in die Quadrate zurückbringen und das Wohnen in der Innenstadt attraktiver machen. Die Erreichbarkeit der Innenstadt sowohl mit dem Pkw als auch mit der Straßenbahn muss aber weiterhin gewährleistet sein.

VERLÄSSLICHES JA ZUM ZENTRENKONZEPT

Die Stärkung der Stadtteilzentren, wie sie im Zentrenkonzept festgeschrieben wurde, muss endlich wieder zur Leitlinie in Mannheim werden. Wir brauchen lebendige Zentren für attraktive Stadtteile. Wir stehen zur Fortschreibung des Zentrenkonzeptes und setzen uns dafür ein, dass in diesem sensiblen Bereich der Stadtentwicklung das Gesamtinteresse Vorrang vor dem Einzelinteresse hat. Das heißt für uns auch weiterhin ein deutliches Nein zu Neubauten von Geschäften des Einzelhandels außerhalb der Stadtteile.

EINE AKTIVE BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG

Wir wollen Arbeit suchende Menschen in Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse bringen. Dazu brauchen wir eine aktive städtische Arbeitsmarktpolitik – vor allem für Jugendliche und Langzeitarbeitslose. Die enge Abstimmung zwischen der städtischen Beschäftigungsförderung, den sozialen Einrichtungen der Stadt, den Institutionen der Wirtschaft sowie den Verbänden garantiert, dass die Beschäftigungsförderung nicht in Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt steht und das Ziel der Wiedereingliederung der Betroffenen in Erwerbsarbeit auch tatsächlich verfolgt wird. Wir machen uns für die enge Verzahnung der genannten Institutionen stark.

Die Stadt Mannheim muss alle Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Qualität der Jugendberufshilfe in unserer Region nutzen. Sehr wichtig ist uns eine antizyklische Ausbildungspolitik der Stadt und der städtischen Betriebe mit besonderem Engagement für benachteiligte Gruppen.

Für Menschen ohne realistische Perspektive auf einen Arbeitsplatz sollen in Zukunft neue Wege gesucht werden. Die so genannten Ein-Euro-Jobs blockieren stellenweise die Schaffung von sozialverscherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Wir unterstützen öffentlich geförderte Beschäftigung in sozialen Unternehmen und Gemeinwesenbetrieben sowie den Aufbau von sozialen Betrieben, in denen tarifgerecht bezahlte Langzeitarbeitslose Arbeit finden. Darüber hinaus fordern wir eine stärkere Förderung von Qualifizierungsangeboten durch die Abendakademie.

6. FINANZEN

Kein Verkauf von Tafelsilber

Bessere Aufsicht über
städtische Beteiligungen

Neue Wege in der Haushaltspolitik:
Gender Budgeting und
Bürgerbeteiligung

Sanierungsstau beenden

Public-Private-Partnership
genau prüfen

Über den Tellerrand schauen

Europa nicht vernachlässigen

Nachhaltige Finanzpolitik ist die Grundlage, um unsere Stadt auch in Zukunft gestalten zu können. Es geht darum, den Mittelweg zu finden: Wir dürfen weder auf Kosten zukünftiger Generationen leben, indem die Haushaltskonsolidierung vernachlässigt wird, noch an der falschen Stelle sparen. So kosten Investitionen im Kinder-, Jugend- und Bildungsbereich zwar heute Geld, sparen aber in Zukunft ein Vielfaches. Prävention ist immer günstiger als Nachsorge.

KEIN VERKAUF VON TAFELSILBER

Wir lehnen den Verkauf von Vermögen ab, um damit Haushaltslöcher zu stopfen. Wir fordern jedoch eine Konzentration der Beteiligungen der Stadt Mannheim auf den Kernbereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Die MVV Energie AG hat sich von einem kommunalen Stadtwerk zu einem weltweit operierenden Energiekonzern entwickelt. Eine wirklich Steuerung und Kontrolle durch die Stadt ist nicht möglich. Dennoch wollen wir uns nicht komplett von dieser Beteiligung trennen. Wir wollen den Unternehmenssitz in Mannheim halten, deshalb wollen wir dauerhaft 25 Prozent plus eine Aktie im Besitz der Stadt Mannheim halten.

Ein Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBG sowie des Klinikums kommt für uns nicht in Frage. Wir wollen aber die Wirtschaftlichkeit der stadteigenen Immobilien erhöhen und nicht benötigte Immobilien verkaufen.

BESSERE AUFSICHT ÜBER STÄDTISCHE BETEILIGUNGEN

Die Stadt Mannheim ist an weit über 100 Unternehmen beteiligt. Durch deren meist privatwirtschaftliche Organisationsform ist der Einfluss des Gemeinderats jedoch weitgehend ausgeschlossen, obgleich die Stadt Mannheim häufig gesetzlich oder vertraglich zur Übernahme von Verlusten verpflichtet ist – und damit das Risiko von Fehlentscheidungen trägt. Wir werden eine Diskussion darüber anstoßen und die verschiedenen Organisationsformen überprüfen. Wir setzen uns ein für eine bessere Anbindung der kommunalen Beteiligungen an die Stadt sowie eine stärkere Kontrolle.

Die Aufsichträte der städtischen Gesellschaften müssen mehr zur kompetenten Kontrolle denn zum Posten schachern genutzt werden. Die Ämterhäufung mancher Gemeinderäte ist hier kontraproduktiv, vielmehr müssen auch externe Fachleute vom Gemeinderat in die Aufsichtsgremien berufen werden. Hierbei wollen wir Vorbild sein.

NEUE WEGE IN DER HAUSHALTSPOLITIK: GENDER BUDGETING UND BÜRGERBETEILIGUNG

Wir wollen eine breite und demokratische Debatte um die Finanzen unserer Stadt – schließlich handelt es sich um Steuergelder. Wir achten die Grundsätze der Haushaltsehrlichkeit und -transparenz sowie des nachhaltigen Wirtschaftens. Wir wollen einen schnellstmöglichen Übergang von der derzeitigen zahlungsorientierten Kameralistik zu einer kosten- und leistungsorientierten doppelten Buchführung. Mit ihr werden stille Lasten aufgedeckt und Verschleierungstricks vermieden.

Ein weiteres wichtiges Instrument dabei ist das Gender Budgeting. Damit sollen der geschlechterspezifische Nutzen und die geschlechterspezifischen Auswirkungen von öffentlichen Leistungen ermittelt und eine geschlechtergerechte Ausgabenpolitik betrieben werden. Gender Budgeting ermöglicht es, die unterschiedlichen Auswirkungen der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer zu ermitteln. Danach können Prioritäten verändert und Mittel umverteilt werden. Erste Ansätze wurden von der Verwaltung bereits umgesetzt. Wir werden uns für weitere deutliche Fortschritte in den nächsten Jahren einsetzen.

Weiter fordern wir erste Schritte zu einem Beteiligungshaushalt. Der Beteiligungshaushalt ist eine Form direkter Bürgerbeteiligung. Im Vordergrund steht mehr Transparenz, damit alle Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, den komplexen Haushalt zu verstehen. Schließlich sollen sie zumindest über einen Teil des Investitionshaushalts mit beraten und entscheiden.

MIT DEM BETEILIGUNGSHAUSHALT SOLLTEN MEHRERE ZIELE ERREICHT WERDEN:

- stärkere Beteiligung der Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen
- weniger Mittelverschwendung
- mehr Politik für Bürgerinnen und Bürger, die sonst weniger Gehör finden
- Verlagern von Entscheidungen auf die Ebene der Betroffenen verlagern

SANIERUNGSSTAU BEENDEN

Für uns hat die Sanierung bestehender Gebäude, Straßen und Plätze Priorität vor Neubauten. Seit Jahren gibt es in Mannheim einen massiven Sanierungsstau. Wir werden mit dessen Abbau beginnen – Vorrang haben für uns dabei die Schulen. Bis Ende der kommenden Legislaturperiode wollen wir die Modernisierung aller renovierungsbedürftigen Mannheimer Schulen auf den Weg gebracht haben. Der energetischen Sanierung muss dabei besonderes Augenmerk eingeräumt werden.

PUBLIC-PRIVATE-PARTNERSHIP GENAU PRÜFEN

Wirtschaftliche Aktivitäten Mannheims zusammen mit privaten Unternehmen stellen für uns interessante Alternativen dar, wenn dadurch Know-how und Kompetenzen gebündelt werden, wie etwa beim Energie-Contracting. Steuerung und Kontrolle durch den Gemeinderat müssen jedoch gewahrt bleiben, Risiken und Erträge müssen fair verteilt sein. Public-Private-Partnership muss gut begründet und genau geprüft werden – und soll auch in Zukunft die Ausnahme bilden.

ÜBER DEN TELLERRAND SCHAUEN

Bei der Gewerbesteuer streben wir einen einheitlichen Hebesatz für Teilräume der Metropolregion an, wohl wissend, dass das nur langfristig zu verwirklichen ist. Beispielsweise könnten die Oberzentren mit ihren Umlandgemeinden einen solchen Teilraum bilden. Kurzfristig wollen wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer in Mannheim vermeiden.

Mannheim unterhält zahlreiche große Einrichtungen wie das Nationaltheater, von denen die gesamte Metropolregion profitiert, deren Finanzierung jedoch alleine die Stadt Mannheim trägt. Das wollen wir mit der Einführung einer so genannten Metropol-Karte ändern: Alle Mannheimer Bürgerinnen und Bürger erhalten die persönliche Metropol-Karte. Mit ihr können sie Karten für kulturelle Einrichtungen wie das Nationaltheater zum normalen Mannheim-Tarif erhalten. Für Auswärtige gilt es zukünftig einen höheren Normaltarif. Sobald sich eine Umlandgemeinde an der Finanzierung einer Einrichtung beteiligt, erhalten deren Einwohnerinnen und Einwohner ebenfalls die Metropol-Karte und können die Mannheimer Einrichtungen zum günstigeren Mannheim-Tarif besuchen.

EUROPA NICHT VERNACHLÄSSIGEN

Die EU spielt für die Kommunalpolitik eine immer wichtigere Rolle. Ein Großteil der politischen Entscheidungen wird heute in Brüssel getroffen und kann dann vor Ort nur noch umgesetzt werden. Auch bei den städtischen Finanzen spielt die EU eine wichtige Rolle. Über die verschiedenen Finanztöpfe können Millionenbeträge für Mannheim gewonnen werden. Daher ist es wichtig, dass das Europa-Büro der Stadt besetzt und gut ausgestattet wird.

7. SOZIALES, GESUNDHEIT UND DEMO-GRAPHISCHER WANDEL

Armut bekämpfen

Äußere und innere Barrieren abbauen

Quartiermanagement stärken

Würdiges Altern ermöglichen

Stadtentwicklung im demografischen Wandel

Hilfe für Drogenabhängige

Eine Lobby für Randgruppen

Unterstützung des Ehrenamts

KERNZIELE UNSERER SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK SIND:

- die gleichberechtigte Teilhabe Aller am kommunalen Leben Mannheims
- das Verhindern von Ausgrenzung von Menschen, die mit Behinderungen, in Armut oder in der Gefahr der sozialen Randständigkeit leben
- die Bekämpfung von Armut
- der Zugang aller Menschen zu den örtlichen Gesundheits-, (Fort-)Bildungs- und Kultureinrichtungen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu Sportvereinen und Jugendverbänden
- die Stärkung der Selbsthilfe
- die Ausrichtung aller kommunalen Hilfen an der Würde, den Notwendigkeiten und den Ansprüchen der Hilfsbedürftigen

ARMUT BEKÄMPFEN

Die Zahlen sprechen für sich und nicht gerade für Mannheim: Von allen Arbeitslosengeld II-Empfängern sind mehr als ein Viertel allein erziehende Frauen. Jedes fünfte Kind in unserer Stadt ist auf Sozialleistungen angewiesen – Tendenz steigend. Armut macht krank und arbeitslos, Arbeitslosigkeit und Krankheit machen noch ärmer.

WIR FORDERN FÜR MANNHEIMS KINDER UND FÜR ALLE VON ARMUT BETROFFENEN UND BEDROHTEN MANNHEIMERINNEN UND MANNHEIMER:

- dass eine innovative und präventiv orientierte Kinder-, Jugend-, Bildungs- sowie Integrationspolitik auch in finanzieller Hinsicht oberste kommunale Priorität erhält
- dass dabei die möglichst frühzeitige Bekämpfung der materiellen, kulturellen, gesundheitlichen und sozialen (zum Beispiel sprachlichen) Problemlagen von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt steht
- dass der Sozialpass und weitere familienbezogene Vergünstigungen weiter ausgebaut werden, zum Beispiel durch vergünstigte ÖPNV-Tickets
- dass die zahlreichen Initiativen zur Bekämpfung von Armut in unserer Stadt materiell, personell und in der Koordination besser durch die Stadtverwaltung unterstützt werden

Alle Mannheimerinnen und Mannheimer sollen das Recht auf ein Girokonto auf Guthabenbasis haben. Bei der Sparkasse werden wir darauf achten, dass dieses gewährleistet wird.

ÄUSSERE UND INNERE BARRIEREN ABBAUEN

Die gleichberechtigte Teilnahme am städtischen Leben von Menschen mit Behinderungen ist keine Frage von Mitleid und Mildtätigkeit, sondern eine Selbstverständlichkeit. Menschen mit Behinderungen werden wir bei allen sie betreffenden Angelegenheiten einbeziehen.

QUARTIERMANAGEMENT STÄRKEN

Armut, Gewalt und viele Krankheiten stehen erwiesenermaßen in enger Wechselwirkung mit beengten Wohnverhältnissen, einem ungünstigen und anonymen Wohnumfeld und fehlenden persönlichen Netzwerken. Einige Mannheimer Stadtteile befinden sich weiterhin in einer bedrohlichen Abwärtsdynamik oder einem sehr labilen Zustand. Dagegen fordern wir die Sicherung beziehungsweise Einrichtung von Quartiermanagements in den betroffenen Stadtteilen. Die Stadt muss die Finanzierung der bestehenden Quartiermanager mindestens für die nächsten fünf Jahre sichern. Das Quartiermanagement weist mit der Zusammenführung bestehender Initiativen und Institutionen sowie der gemeinsamen Initiierung neuer Projekte und Akquise entsprechender Fördermittel den richtigen Weg.

WÜRDIGES ALTERN ERMÖGLICHEN

Die Menschen in unserer Stadt werden älter. Die geballte Lebenserfahrung darf für unser Gemeinwesen nicht mit dem formalen Ruhestand versiegen, sondern muss nutzbar gemacht werden. Und unsere Stadt bleibt nur dann attraktiv, wenn ihre Menschen auf der einen Seite hier die Chance für eine gute Zukunft ihrer Kinder sehen – und wenn sie auf der anderen Seite keine Angst vor dem Altwerden in Mannheim haben müssen. Die Stadt muss sich der großen Herausforderung des demografischen Wandels dringend stellen. Wir werden dabei gemeinsam mit den freien und gemeinnützigen Trägern der Altenhilfe die Interessen vor allem jener bedürftigen alten Menschen öffentlich machen und wirksam vertreten, die zur Formulierung ihrer Bedürfnisse und zur Selbstvertretung nicht mehr oder nur eingeschränkt in der Lage sind.

Wie alle sollten uns darüber im klaren sein, dass der wachsende Wertschöpfungszweig der Betreuung und Pflege in Mannheim viele neue Arbeitsplätze bringt. Auch deshalb steht die Stadt in der Pflicht, sich einzubringen, und sei es beispielsweise mit der Unterstützung von Projekten zur Qualifizierung der hiesigen Alterspflegekräfte. Ein wichtiges Feld ist zum Beispiel die Versorgung von Demenzkranken. Ihre Zahl wird zunehmen. Wir müssen dafür gerüstet sein, ihnen ein würdiges Leben zu erhalten. Noch immer sind es mehrheitlich die Familien selbst, darunter meist Frauen, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Respekt allein bringt ihnen wenig. Wir fordern daher, die Nachbarschaftshilfe zu stärken sowie die Unterstützung von Familien bei der alters- und behindertengerechten Gestaltung des Wohnraums, und zwar mit Hilfe des Handwerks.

STADTENTWICKLUNG IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Wir fordern hingegen die Erhaltung oder die Entwicklung infrastrukturell vollständiger Stadtteile mit gesicherter Grundversorgung in Reichweite schneller ermüdender Beine (z.B. Zentrenkonzept). Das ist nicht nur gut für die Alten in unserer Stadt, sondern es macht unsere Stadt insgesamt lebenswerter und wertet die Stadtteile auf.

HILFE FÜR DROGENABHÄNGIGE

Abhängigkeit von Alkohol und Drogen verstehen wir als Krankheit mit negativen sozialen Folgen. Den betroffenen Menschen wollen wir helfen, anstatt sie auszugrenzen. Mit der Klinik für Suchtmedizin und abhängiges Verhalten am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit befindet sich ein europaweit führendes Forschungs- und Behandlungszentrum in Mannheim. Darüber hinaus haben wir ein bewährtes Netz ambulanter Suchthilfeeinrichtungen verschiedener Träger. Diese Ressourcen wollen wir besser vernetzen und nutzen.

EINE LOBBY FÜR RANDGRUPPEN

Wir wollen Betroffenen helfen statt sie auszugrenzen und zu kriminalisieren. Nach diesem Motto fordern wir Hilfen für Drogenabhängige, Straßenkinder, Obdachlose, Menschen ohne Aufenthaltsstatus und Prostituierte. Die Problemlagen der betroffenen Menschen sind vielfältig und bedürfen differenzierter Hilfen. Ihre Lobby in unserer Stadt ist gering – wir jedoch machen uns weiterhin stark für diese Menschen und für die Institutionen, die sich ihrer annehmen. So setzen wir uns für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und eine Verbesserung des psychosozialen Dienstes insbesondere für Kinder und Jugendliche ein.

UNTERSTÜTZUNG DES EHRENAMTS

Mannheim profitiert ganz erheblich vom ehrenamtlichen Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Stadt darf sich aber nicht aus der Verantwortung ziehen und immer mehr Gelder streichen, die zum Abbau von Arbeitsplätzen im sozialen Bereich führen. Ehrenamtliches Engagement darf hauptamtliche Kräfte nicht ersetzen. Viele Felder könnten ohne Freiwillige jedoch nicht bestellt werden. Diese Engagierten verdienen deshalb mehr als Respekt. Wir fordern ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen zur Sicherung, Qualifizierung und Vernetzung der ehrenamtlichen Arbeit in unserer Stadt. So setzen wir uns u.a. für eine Ehrenamtskarte mit vergünstigten Eintritten und einen Kompetenznachweis, der erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen in der ehrenamtlichen Tätigkeit bestätigt, ein.

8. KINDER, JUGEND UND BILDUNG

Mehr Augenmerk auf die frühkindliche Entwicklung

Mannheim muss sich der Verantwortung seinen Schulen gegenüber stellen

Lebenslanges Lernen fördern

Spielplätze sanieren und neue Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen

Kinder und Jugendliche brauchen Raum zum Spielen, Lernen und Mitgestalten. Familien verdienen es, in ihrer Erziehungsaufgabe gestärkt zu werden. Frauen und Männer müssen Familie und Beruf vereinbaren können. Der demografische Wandel, der uns leider immer weniger Kinder beschert, birgt auch eine Chance: Die Mittel nicht parallel mit dem Rückgang an Kindern und Jugendlichen zurückzufahren. Sondern das Geld in die Qualität von Bildungs-, Erziehungs-, Unterstützungs- und Freizeitangeboten zu stecken. Es geht uns also nicht allein um den Versorgungsaspekt, sondern darum, was diese Versorgung beinhaltet und was sie bringt. Das lässt sich im Ergebnis ablesen, zum Beispiel an der Sprachkompetenz, an selbstständigem Handeln, an den Schulabschlüssen und im Engagement in der und für die Gesellschaft. Familie ist, wo Kinder und Jugendliche sind. Familienfreundliche Politik muss die Bedürfnisse der Kinder an die erste Stelle setzen, denn wer etwas für Kinder und Jugendliche tut, hilft gleichzeitig den Familien. Dafür müssen Prioritäten beim Personal und bei den Finanzen gesetzt werden. Investitionen in unsere zukünftigen Generationen müssen Vorrang haben.

WIR FORDERN:

- ausreichend Betreuungsmöglichkeiten (mindestens 33%) für Kinder unter drei Jahren,
- in jedem Stadtteil mindestens einen nicht-konfessionellen Kindergarten
- Ausbau der Tagesplätze in Kindergärten und flexible Öffnungszeiten
- die Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr ist mittelfristig auf die komplette Kindergartenzeit auszudehnen
- pädagogisch qualifizierte Betreuungsangebote für Schulkinder
- Integration von Kindern mit Entwicklungs- und Verhaltensauffälligkeiten sowie mit Behinderungen in Regelschule und Regelkindergarten
- Teilhabe von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen vom Kindergarten bis zum Jugendgemeinderat
- mehr Engagement bei der Integration nicht deutsch sprechender Kinder und Jugendlicher und solchen mit Migrationshintergrund
- einen Jugendtreff mit qualifiziertem Standard in jedem Stadtteil

MEHR AUGENMERK AUF DIE FRÜHKINDLICHE ENTWICKLUNG

Wenn es um Kinder geht, müssen wir schon vor der Geburt ansetzen. Es stellt sich dabei die Frage, wie Eltern ausreichend informiert, unterstützt und begleitet werden können. Wir brauchen differenzierte wohnortnahe Hilfsangebote mit vertraulichen und qualifizierten personalen Angeboten im Mittelpunkt.

Daher wollen wir die Förderung von Early Excellence Centern. Damit ist die Wandlung von Kindertageseinrichtungen zu einem Kinder- und Familienzentrum gemeint. Sie verstehen sich als Bildungsstätte – aber gewiss nicht als Schule – und öffnen sich nach innen und außen für junge Familien und kooperieren mit einem breiten Kreis von Institutionen sowie Freiwilligen. Diese positive Entwicklung auf dem Weg hin zu flächendeckenden pädagogisch vertretbaren und zeitgemäßen Standards für alle Einrichtungen im frühen Kindesalter werden wir forcieren, kritisch begleiten und mitgestalten.

MANNHEIM MUSS SICH DER VERANTWORTUNG SEINEN SCHULEN GEGENÜBER STELLEN

Schulen müssen mehr sein als reine Vorbereitungsinstanzen für den Arbeitsmarkt. Wir setzen uns für die weitere Stärkung der Eigenständigkeit von Schulen auf kommunaler Ebene ein. Dies kann sich allerdings nicht in der Delegation von mehr oder minder kleinen Budgetverantwortlichkeiten erschöpfen. Schulen brauchen genügend Handlungsspielraum und fachlich fundierte Unterstützung für die konzeptionelle Entwicklung und Evaluation sowie für die Reflexion und Supervision ihrer pädagogischen Arbeit.

Schule kann und muss viel zur Integration und zum Abbau durch Herkunft bedingter sozialer Ungleichheit beitragen. Dafür fordern wir einen verbesserten Zugang der Schulen zu Fachärztinnen/Fachärzte und Therapeutinnen/Therapeuten. Schulsozialarbeit muss in unterschiedlicher Intensität an jeder Schule stattfinden.
Die Mannheimer Grünen waren die Initiatoren der ersten Ganztagesgrundschule in Baden-Württemberg, die 1998 im Jungbusch ihre Arbeit aufnahm. Die jüngsten Evaluierungen zeigen, dass diese ein Erfolg ist. Denn der Übergang auf weiterführende Schulen hat deutlich

zugenommen, teilweise konnten sogar Übergangsquoten von knapp 70% erzielt werden. Für eine Schule in einem „sozialen Brennpunkt“ mit einem 90%-Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund ist das eine bemerkenswerte Leistung. Den Weg der Ganztagesschulen gilt es weiterzugehen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Schulen, die sich im Moment noch einem Ganztagesbetrieb verweigern, ihre Haltung zum Wohle der Kinder verändern. Die Ganztagesschulen sollen als gebundene Ganztagesschulen geführt werden, damit Nachmittagsbetreuung und gesundes Mittagessen gerade auch die erreichen, die es am dringendsten benötigen.

Alle Mannheimer Schulen sollen ein klares Profil herausarbeiten und fortentwickeln, das das jeweilige pädagogische Konzept transparent werden lässt. So lässt sich gut ablesen, welchen Schulen mit besonderen Aufgaben, zum Beispiel bei der schwerpunktmäßigen Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, zusätzliche Unterstützung in Form von Personal und Mitteln gewährt werden muss – für die wir uns dann einsetzen werden.

Die Stadt sehen wir in der Verantwortung, energisch an die zuständigen Landesbehörden und an die Landesregierung heranzutreten und zu Kooperation und Offenheit aufzufordern, statt sich in Kompetenzabgrenzung zu beharken.

Bau, Renovierung und Bewirtschaftung der Schulen durch die Privatwirtschaft (PPP-Modelle) lehnen wir weiterhin ab und warnen vor einem schleichenden Rückzug des Staates und der Gemeinden aus einer seiner wichtigsten Pflichten.

LEBENSLANGES LERNEN FÖRDERN

Die Zeiten, in denen eine Berufsausbildung ein Leben lang genügte, sind vorbei. Lernen bekommt in der Wissensgesellschaft eine neue Dimension: Es gibt nicht mehr die eine passgenaue, spezialisierte Erstausbildung. Kontinuierliche Weiterqualifizierung ist nötig – ausgerichtet an den Anforderungen der Arbeitswelt, aber auch an den persönlichen Zielen und Interessen.

Wir sehen die Kommune in der Pflicht, die verschiedenen Bildungsträger – staatliches System, freie Wirtschaft, Agentur für Arbeit -miteinander zu vernetzen, die freien Träger von Berufshilfe und Qualifikationsmaßnahmen zu unterstützen mit ihnen an der Qualitätsentwicklung /-sicherung zu arbeiten.

Verbessern wollen wir insbesondere die Weiterbildungsangebote für Migrantinnen und Migranten, für Ältere, für Menschen mit geringem Einkommen und geringen Qualifikationen und für all jene, die wieder in den Beruf einsteigen wollen. Öffentlich zugängliche und bezahlbare Weiterbildung für alle muss in Mannheim erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Wir wollen deutliche Vergünstigungen für Einkommens- und Vermögensschwache bei der Stadtbibliothek, der Abendakademie und der Musikschule.

Wir fordern die Verbesserung der Bildungsberatung. Sie muss aktiv und für alle Bildungsphasen institutionalisiert sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt zusammen mit den Wirtschaftverbänden ein Informationszentrum zur Weiterbildung einrichtet. Damit hätten Menschen mit Bedarf und dem Wunsch nach Weiterbildung eine Anlaufstelle – ebenso die Fallmanager vom Jobcenter.

Was die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeht, müssen die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe der Stadt eine Vorbildfunktion übernehmen. Sie müssen Qualifizierungsmaßnahmen anbieten, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zu einem gewissen Maße während der Arbeitszeit in Anspruch nehmen können.

Wir streben die Gründung einer Stiftung an, die regional die betriebliche Aus- und Weiterbildung unterstützt.

SPIELPLÄTZE SANIEREN UND NEUE FREIRÄUME FÜR KINDER UND JUGENDLICHE SCHAFFEN

Wir stehen für eine Politik, die Kindern und Jugendlichen genug Freiräume in dieser Stadt schafft: Man lernt ja nicht nur in der Schule. Damit meinen wir Freiräume für spontane und selbst organisierte Freizeitgestaltung sowie kostenlose, aber dennoch attraktive und qualifizierte Angebote. Wenn eine Stadt mehr Parkhäuser als Spielplätze und Jugendhäuser hat und der Sanierungsbedarf allein bei den Spielplätzen über fünf Millionen Euro beträgt, ist etwas falsch gelaufen. Innerhalb von zehn Jahren wollen wir diesen Stau abbauen. Wir wollen dafür sorgen, dass Kindern und Jugendlichen Spiel- und Erlebnisflächen zur Verfügung stehen, an deren Gestaltung sie mitwirken.

9. GESCHLECHTER-GERECHTIGKEIT UND FRAUENPOLITIK

Gender Mainstreaming umsetzen

Frauen im Beruf fördern

Vorbilder aus beiden Geschlechtern

Hilfe bei Gewalt gegen Frauen und Kinder

Hilfen bei Gewalterfahrung und Voraussetzungen für Gewaltprävention müssen ausgebaut werden

Frauenfreundliches Rathaus

Migrantinnen stärken

Geschlechtergerechtigkeit ist ein wichtiges politisches Ziel auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen. Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit – das führt zu Unterschieden und Nachteilen. Die formale Gleichstellung von Mann und Frau ist zwar gesetzlich festgeschrieben, der gesellschaftliche und politische Alltag sieht jedoch in vielen Bereichen immer noch anders aus.

GENDER MAINSTREAMING UMSETZEN

Gender Mainstreaming muss zum selbstverständlichen Bestandteil der politischen Kultur unserer Stadt werden. Mit Gender wird die soziale Dimension des Geschlechts bezeichnet. Gender Mainstreaming ist folglich die Methode zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Bei allen gesellschaftlichen Vorhaben werden die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein berücksichtigt. Das bedeutet, dass bei allen Entscheidungsprozessen die Auswirkungen auf beide Geschlechter ermittelt werden muss. Sie sollen sich durch Transparenz und aktive Beteiligung auszeichnen. Das gilt auch für die städtische Finanzpolitik, wo wir das Gender Budgeting fordern.

FRAUEN IM BERUF FÖRDERN

Die Stadt Mannheim und ihre Beteiligungsgesellschaften müssen Vorbild sein bei flexiblen Arbeitszeitmodellen, die die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Für Frauen und Männer, die sich für eine längere Kinderphase ohne Berufstätigkeit entscheiden, muss es Angebote geben, die den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben erleichtern. Qualifizierungsmöglichkeiten während und nach der Familienphase müssen ebenso angeboten werden wie Beratung und Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche.
Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge fordern wir die Festschreibung von Frauenförderung.

VORBILDER AUS BEIDEN GESCHLECHTERN

Wir fordern die Umsetzung der Mannheimer Richtlinien für Mädchenarbeit. Kinder und Jugendliche gleich welcher Altersstufe brauchen Vorbilder für die Ausbildung ihrer Identität. Dafür ist es notwendig, dass bei allen Angeboten weibliche wie männliche Bezugspersonen ansprechbar sind. Dies muss bei der Besetzung entsprechender Stellen beachtet werden.

HILFE BEI GEWALT GEGEN FRAUEN UND KINDER

Der Schutz vor allen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt hat hohe Priorität, denn leider ist Gewalt gegen Frauen und Kinder eine alltägliche Tatsache, jedoch auch Männer können von Gewalt betroffen sein. Wir fordern genügend Schutzräume für Frauen und Kinder, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind. Frauenhäuser sind nach wie vor notwendig und müssen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Die von häuslicher Gewalt betroffenen Kinder bedürfen eines individuellen Beratungs- und Betreuungsangebotes.

HILFEN BEI GEWALTERFAHRUNG UND VORAUSSETZUNGEN FÜR GEWALTPRÄVENTION MÜSSEN AUSGEBAUT WERDEN:

- Anlaufstellen für Frauen mit Gewalterfahrung (Frauenhäuser, Beratung bei Platzverweis)
- Frauenparkplätze in den Parkhäusern
- ein gutes ÖPNV-Angebot auch nachts und Nachttaxen

FRAUENFREUNDLICHES RATHAUS

Ein frauenfreundliches Rathaus zeichnet sich aus durch:

- einen hohen Frauenanteil in den wichtigen Gremien, zum Beispiel in Aufsichtsräten
- Verwendung der weiblichen Endungen in Formularen und Publikationen
- mehr Frauen in der Führungsebene
- Teilzeit auch in Leitungsfunktionen
- Verbesserung Aufstiegschancen auch bei Teilzeitbeschäftigung oder nach Auszeiten für die Kindererziehung
- eine Internetseite mit allen frauenspezifischen Angeboten und Frauenorganisationen

MIGRANTINNEN STÄRKEN

Migrantinnen haben es besonders schwer, sich beruflich zu integrieren. Denn die meisten Migrantinnen und ihre Töchter sind entweder gar nicht oder unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt – selbst dann, wenn sie über gute Sprachkenntnisse verfügen. Patriarchalische Strukturen in Migrantenfamilien, vermeintlich religiöse Gründe und die Angst vor Identitätsverlust erschweren immer noch die Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund.

Wir fordern deswegen die Ausbildung und Förderung von Migrantinnen als Mediatoren und Mentoren, die als interkulturelle Multiplikatoren Aufklärungsarbeit leisten und Hilfen vermitteln können. Eine migrantinnenfreundliche Kommune bietet Angebote zur Förderung von kultureller Vielfalt und fördert berufliche Integration. Diese Maßnahmen müssen über Schulen und Kindergärten den Eltern nahegebracht werden.

10. INTEGRATION

Integrationskonzept fortentwickeln

Das Rathaus öffnen

Antidiskriminierungsstelle schaffen

Migrationsbeirat stärker einbinden

Unterstützung bei Bildung und Jobsuche

Multiplikatoren nutzen

Mehr kulturelle Akzeptanz im Alltag

Vorbild bei der Mehrsprachigkeit

Integration früh fördern

Gelungene Integration ist für uns mehr als das Fehlen von Fremdenfeindlichkeit. Integration ist ein Prozess, der das Ziel hat, Menschen unterschiedlicher Herkunft, verschiedenartiger Kulturen, Weltanschauungen und Religionen gleichberechtigt und in gegenseitiger Wertschätzung zusammen zu führen. Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am Erwerbsleben ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration. Zur Integration in unserem Sinne gehören außerdem die gleichberechtigte Teilhabe aller Mannheimerinnen und Mannheimer am Leben in der Stadt – unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, Kultur und Religion -, der Austausch und die wechselseitige Anerkennung zwischen Individuen und Kulturen sowie als gemeinsame Basis der Vielfalt die Grundwerte Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Demokratie. Dazu braucht es das volle kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft hier leben – wir werden uns auch in Zukunft gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen.

INTEGRATIONSKONZEPT FORTENTWICKELN

Das auf unseren Antrag hin beschlossene Integrationskonzept der Stadt Mannheim muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern fortgeschrieben werden. Ziele der Integrationsarbeit zu definieren, die daraus entstandenen Projekte regelmäßig zu überprüfen und mit möglichst vielen Beteiligten zu beraten, muss Ziel eines solchen Integrationskonzeptes sein. Dabei wollen wir die Beteiligung von möglichst vielen Menschen ermöglichen. Ein Mittel dafür sollen regelmäßige Integrationskonferenzen sein, bei denen sich alle Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Experten aus den unterschiedlichen Bereichen wie Schulen, Politik, Wirtschaft, Sport, Kunst und Kultur einbringen können.

DAS RATHAUS ÖFFNEN

Wir fordern, dass künftig alle Maßnahmen von der Stadtverwaltung auf ihre unterschiedlichen Auswirkungen auf die hier lebenden Menschen unterschiedlicher Kulturen hin überprüft werden. Die Stadtverwaltung muss sich zum Ziel setzen, den Anteil an Migrantinnen und Migranten unter den Beschäftigten zu erhöhen; Mehrsprachigkeit und interkulturelle Erfahrung müssen als Qualifikationsmerkmale anerkannt werden. Die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss durch Schulungen ausgebaut werden.

ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE SCHAFFEN

Wir fordern eine unabhängige Antirassismus- und Antidiskriminierungsstelle zur Dokumentation und Bekämpfung von Diskriminierung.

MIGRATIONSBEIRAT STÄRKER EINBINDEN

Der Migrationsbeirat muss organisatorisch gestärkt und bei Entscheidungen der Stadt noch stärker eingebunden werden, auch Migrantenorganisationen sollen stärker einbezogen werden. Der Migrationsbeirat soll durch ein „Haus der Kulturen“ Unterstützung erfahren, in dem über die Beihilfe zur Integration hinaus die Begegnung und der Austausch von Deutschen und Migrantinnen/ Migranten ermöglicht werden. Hier könnten neben Beratungsangeboten sowie Sprach-, Integrations- und Fortbildungskursen auch Seminare zur beruflichen Qualifizierung sowie Angebote für Schulen, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher zentral angeboten werden. Darüber hinaus könnte ein solches „Haus der Kulturen“ mit geeigneten Räumlichkeiten für Tagungen, Veranstaltungen und Feste die Begegnung zwischen Migrantinnen/Migranten und Deutschen verbessern.

UNTERSTÜTZUNG BEI BILDUNG UND JOBSUCHE

Erfolgreiche Projekte für die berufliche Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wollen wir fortführen. Beim Übergang von der Schule in den Beruf sind sie dennoch benachteiligt. Hier können langfristig durch bessere Bildungsangebote Erfolge erzielt werden – mittelfristig müssen gemeinsam mit den Unternehmen Initiativen für die inner- und außerbetriebliche Begleitung von Jugendlichen in der Ausbildung entwickelt werden. Der Ausbildungsverbund und die Ausbildungsabbrecherberatung sind dabei nur ein Anfang. Besonders traurig sieht es für Migrantinnen und Migranten über 25 aus: Sie haben keine eigene Anlaufstelle, wo ihren spezifischen Problemen bei der Arbeitssuche begegnet wird. Hier steht die Stadt in der Pflicht.

MULTIPLIKATOREN NUTZEN

Viele Migrantinnen und Migranten könnten mit Hilfe von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus ihren eigenen Reihen viel besser erreicht werden. Erfolgreiche Projekte aus anderen Städten können dabei als Muster dienen, wie Betroffene, wenn sie selbst eingebunden werden, aktiv und verantwortlich wichtige Aufgaben nachhaltig übernehmen können. Das gilt insbesondere für die Arbeit mit Migrantinnen und mit Kindern.

MEHR KULTURELLE AKZEPTANZ IM ALLTAG

Wir wollen kulturelle Akzeptanz fördern. Dazu gehört im Einflussbereich der Stadt zum Beispiel die Einrichtung eines Frauentages im Herrschelbad.

Die Angebote der Altenhilfe sind zu wenig auf ältere Migrantinnen und Migranten vorbereitet. Wir möchten die Altenhilfe für Migrantinnen und Migranten öffnen und fordern insbesondere auch Migrantenorganisationen dazu auf, gemeinsam mit der Stadt und den bestehenden Institutionen neue Angebote für Migrantinnen und Migranten zu schaffen. Erste Schritte müssen die muttersprachliche Vermittlung von Informationen über Altenpflegeangebote sowie muttersprachliche Rechts- und Rentenberatung sein.

Wir setzen uns für die Einrichtung eines muslimischen Friedhofs ein. Schließlich sollen auch die vielen Menschen islamischen Glaubens in unserer Stadt eine angemessene Ruhestätte finden.

VORBILD BEI DER MEHRSPRACHIGKEIT

Sprache verbindet – und Sprache trennt zugleich. Eine Stadt, in der Menschen aus über 160 Nationen leben, muss so oft wie möglich Informationen in mehreren Sprachen verbreiten. Bei öffentlichen Informationen wie im Amtsblatt ist das nicht viel mehr als eine Frage des guten Willens. Aber auch beim Internetauftritt der Stadt und im Bereich der Bürgerdienste muss Mehrsprachigkeit verstärkt werden. Darüber hinaus fordern wir Stadtverwaltung und Gemeinderat auf, die Zusammenarbeit mit fremdsprachigen Medien erheblich zu verbessern.

INTEGRATION FRÜH FÖRDERN

In den Kindergärten wollen wir eine quantitative und qualitative Ausweitung von Integrations-, Qualifikations- und Sprachfördermaßnahmen erreichen. Die Schulen müssen sich für die multikulturelle Wirklichkeit ihres Stadtteils öffnen und stärker mit Migranteneltern, interkulturellen Stadtteilinitiativen und Migrantenorganisationen zusammenarbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir insbesondere die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen bezuschussen und so integrative Projekte initiieren. Durch die freiwillige Teilnahme an attraktiven Sportangeboten sollen Schülerinnen und Schüler gleichzeitig für die weiteren Angebote der Sportvereine begeistert werden.

11. KULTUR

ALLE sollen profitieren

Kreatives Klima erzeugen

Schaffung eines Kulturbüros

Die großen Häuser in die Pflicht nehmen

Migrantinnen und Migranten einbeziehen

Europäische Kulturhauptstadt?

Menschen aus mehr als 160 Nationalitäten haben unserer Stadt eine kulturelle Vielfalt als Basiskultur beschert. Eine fruchtbare Basis, auf der die so genannte „freie“ Kunst- und Kulturszene aufbaut und von der viele Impulse für das Zusammenleben in Mannheim ausgehen. Die strukturelle wie finanzielle Ausstattung der „freien“ Szene ist aber sehr schlecht. Ebenso bemerkenswert ist die Schwierigkeit, Fördermittel für internationale Projekte zu generieren. Künstlerischer Austausch wird dadurch massiv erschwert. Durch unsere Anträge wurden Zuschüsse bis zu 50 Prozent gesteigert, dennoch bleiben diese hinter denen vergleichbarer Städte deutlich zurück. Besonders betroffen sind darstellende Kunst und freie Theater. Proberäume für kleine Theater, Ausstellungs- und Aufführungsräume, Werkstätten, Ateliers, Galerien und Projekträume fehlen. So trocknen die Graswurzeln aus. Kleine kommerzielle Kulturprojekte haben es schwer: Kleinkredite sind kaum zu erhalten und Genehmigungen von den Behörden dauern viel zu lange. Um kreative Ideen umzusetzen, braucht es das Entgegenkommen von Verwaltung und Geldgebern. Hier herrscht erheblicher Nachholbedarf in Mannheim.

Institutionalisierte Kunst und Kultur dagegen ist in Mannheim sehr stark. Das größte kommunale Viersparten-Theater Deutschlands und das größte kommunale Museum Süddeutschlands sind hier angesiedelt. Diese großen Kultureinrichtungen haben eine soziale Verantwortung, die wir verbindlich einfordern werden. Wir werden eine Diskussion über kulturpolitischen Auftrag und Größe von Nationaltheater, Kunsthalle und Reiss-Engelhorn-Museum anstoßen. Nach diesen Ergebnissen sind die zukünftigen Zuschüsse zu bemessen. Zuschusserhöhungen für die großen Kulturinstitutionen auf Kosten der freien Kulturszene und freier Kulturprojekte lehnen wir ab. Wir wollen ihren Anteil am Kulturetat erhöhen.

ALLE SOLLEN PROFITIEREN

Unsere Vision ist die einer kreativen und kulturell blühenden Stadt. Die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, Altersgruppen und sozialen Milieus ist oberstes Gebot. Die freie künstlerische Vielfalt entsteht oft erst, wenn günstige Ausgangsbedingungen hergestellt werden. Die freie Szene ist aber bislang klein gespart worden.

KREATIVES KLIMA ERZEUGEN

Gemeinderat und Stadtverwaltung müssen ein kreatives Klima erzeugen. Das bedeutet Einfallsreichtum bei der Lösung von Problemen und Ausschöpfen von Entscheidungsspielräumen sowie Offenheit gegenüber ungewöhnlichen Ideen.

Ohne kulturelle Substanz und ohne kreatives Klima bleibt die Stadt bürokratische Provinz. Wo es nicht möglich ist, innerhalb von drei Monaten Kulturprojekte zu genehmigen, kann kein kreatives Klima gedeihen. Wir fordern einen offenen, lösungsorientierten Umgang bei Genehmigungen und Sperrzeiten. Der Gemeinderat ist bei der Frage der Sperrzeiten gefordert, den Interessen von Anwohnern das Interesse der ganzen Stadt an einem blühenden kulturellen Leben gegenüberzustellen.

SCHAFFUNG EINES KULTURBÜROS

Wir fordern ein Kulturbüro als Ansprechpartner für alle Kunst- und Kulturschaffenden. Es soll Drehscheibe für Kontakte und Vermittlungen sein, Hindernisse abbauen und Fördermöglichkeiten vermitteln, Ideen makeln und Brücken zur Realisierung schlagen. Infrastruktur für Veranstaltungen könnte hier preiswert oder umsonst ausgetauscht werden. Schulen könnten ihre Kulturkontakte anknüpfen. Austauschangebote müssen aktiv generiert und gemakelt werden: Denn Offenheit bedeutet auch, in Austausch zu treten. Beispielsweise kann ein türkischer Verein ein Stadtteilfest zusammen mit einem Gewerbeverein organisieren. Es fehlt auch an Auftrittsmöglichkeiten für Musikerinnen und Musiker. Für vorhandene Bars und Kneipen könnten sehr einfach Anreize und Möglichkeiten für Band-Auftritte geschaffen werden.

DIE GROSSEN HÄUSER IN DIE PFLICHT NEHMEN

Die großen Kulturhäuser müssen mit eintrittsfreien Tagen den Menschen Angebote machen, die sich den Schritt über die Schwelle schlicht nicht leisten können. Leerstände können zu Freiräumen für eine wachsende freie Kulturszene werden. Die alte Abendakademie könnte zur Kreativwerkstatt, Teile aufgegebener US-Kasernen könnten zu Produktionsräumen umgenutzt werden.

In der Trinitatiskirche wäre eine attraktive städtische Galerie möglich. Ausgewählte leere Wände in der ganzen Stadt sollen zu legalen Graffiti-Kunstflächen werden.

Zur Öffnung der großen Institutionen sind aktive Angebote des Nationaltheaters an Kulturhäuser und Organisatoren von Straßen- und Quartiersfesten hilfreich. Das Ballett oder ein Bläseroktett könnten kostenlos deren Programme bereichern. Kunsthalle und Reiss-Engelhorn-Museen sind für die Heranführung von Schülerinnen und Schülern an kulturelle Themen prädestiniert. Angebote an Projektgruppen, Räume in einem der Häuser temporär zu nutzen, Kostüme zu leihen und Beratung zu bekommen, würden den Austausch zum Klingen bringen. In den Institutionen müssen für die Kooperation Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt werden.

MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN EINBEZIEHEN

Migrantinnen und Migranten müssen stärker mit einbezogen werden: Sei es als Angestellte in den städtischen Kultureinrichtungen, sei es als Künstlerinnen und Künstler in den Programmen. Die institutionalisierte Kultur in Mannheim ist zu stark auf unseren traditionellen Kulturkreis ausgerichtet. Wir fordern Themen anderer Kulturkreise, die Zusammenarbeit mit den Kulturvereinen anderer Nationalitäten und das regelmäßige Übersetzen von Informationsmaterial, damit auch Migrantinnen und Migranten endlich von der vielfältigen Basiskultur in unserer Stadt profitieren.

EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT?

Die Vorbereitungen für eine Bewerbung Mannheims zur Europäischen Kulturhauptstadt 2020 müssen eingestellt werden; eine Bewerbung kommt zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage. Erst wenn der Gemeinderat unabhängig von einer Bewerbung die Ambitionen der Stadt im Kulturbereich mit ausreichend Mitteln insbesondere für die freie Szene und mit dem Abbau bürokratischer Hürden bei Kulturveranstaltungen aller Art gezeigt und damit die Kultur in der Stadt nachhaltig gestärkt haben wird, sollte wieder über eine Bewerbung nachgedacht werden. Sonst bleibt die Bewerbung, was sie derzeit ist: alibihaft!

12. FREIZEIT

Stadt zu ihren zwei Flüssen öffnen

Freie Flächen und Schulhöfe besser nutzen

Grillen und Campen

Belebung der Innenstadt

Menschen arbeiten und wohnen nicht nur Mannheim, sie verbringen auch ihre Freizeit in Mannheim. Gerade diese Zeit ist für viele besonders wertvoll. Daher hängt die Lebensqualität einer Stadt auch stark von ihrem Freizeitwert ab.

STADT AN ZWEI FLÜSSEN

Unser Ziel ist es, den Freizeitwert Mannheims deutlich zu steigern. Bisher nutzt die Stadt ihr enormes Potenzial bei weitem nicht aus. Gerade ihre besondere Lage an zwei Flüssen wird nicht genutzt. Wir werden daher die Umsetzung des Konzepts Blau_Mannheim_Blau einfordern. Wir wollen, dass die Stadt zum Fluss hin geöffnet und nicht abgeschottet wird. Der Naherholungswert der Flussufer kann deutlich gesteigert werden.

Statt vieler Einzelmaßnahmen am Neckar fordern wir den großen Wurf: Bis 2019, also nach zwei Legislaturen, muss der Neckar von Neuostheim bis zur Mündung zu einem großen Park für alle – für die Menschen wie für die Natur, für Erholungssuchende wie für Freizeittreibende, ausgebaut werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der freie Zugang zum Neckar auf der Neckarstadtseite zügig umgesetzt wird. Der Biergarten des Alten Bahnhofs soll erhalten werden. Auch auf der Innenstadtseite wollen wir eine Öffnung der Stadt zum Flussufer. Wir fordern die Verlegung der Hans-Böckler-Straße, so dass die große Grünfläche auf Höhe von U3 an das Flussufer angebunden wird. Auch das Entfernen der Schienen ist hier notwendig.

Wir unterstützen das von der Verwaltung vorgelegte Konzept zum Strandbad. Wir fordern dessen zügige Umsetzung, damit keine weiteren Sommer ungenutzt vergehen. Das Grillen am Strandbad muss auf den dafür gekennzeichneten Bereich begrenzt werden.

FREIE FLÄCHEN UND SCHULHÖFE BESSER NUTZEN

Wir fordern, dass öffentliche freie Räume für freies Spiel und Bewegung bereitgestellt werden. Für Hunde soll es abgegrenzte Bereiche geben. Schulhöfe sollen für Kinder und Jugendliche außerhalb der Schulzeiten offen sein.

GRILLEN UND CAMPEN

Grillen gehört für viele Mannheimerinnen und Mannheimer zu Freizeitgestaltung. Wir werden uns für die Ausweisung weiterer Grillflächen, gerade an den Flussufern, einsetzen. Dabei werden wir darauf achten, dass die Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner durch Lärm und Rauch möglichst gering gehalten werden.

Wir setzen uns für die mittelfristige Verlegung des Campingplatzes ein. Die derzeitige Lage direkt am Naturschutzgebiet Reißinsel und die Verkehrsanbindung sind extrem ungünstig. Ein neuer Campingplatz muss gut an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden sein, um attraktiv zu sein. Eine mögliche Lage wäre der Flughafen Neuostheim nach seiner Schließung.

BELEBUNG DER INNENSTADT

Die Mannheimer Innenstadt ist im Gegensatz zu den meisten vergleichbaren Städten keine klassische Ausgehstadt, sondern in den Abendstunden des Wochenendes relativ vereinsamt. Unser Ziel ist es, die Innenstadt attraktiver zu gestalten und zu beleben. Wir wollen die Sperrstundenregelung überarbeiten und den Gaststätten mehr Spielraum geben. Im Sommer sollen die Öffnungszeiten für Biergärten verlängert werden.

KURPFALZ

13. SPORT

Sportanlagen öffnen,
Herschelbad erhalten

Sportleitlinien umsetzen

Jugendsport besonders fördern

Spitzensport als Anreiz

Einen großen Teil der Freizeit der Mannheimerinnen und Mannheimer nimmt Sport ein, 76% der Bevölkerung machen mindestens einmal pro Woche Sport. Dieses geschieht sowohl vereinsungebunden als auch in einem der mehr als 250 Mannheimer Sportvereine. Sport und Bewegung haben erwiesenermaßen einen positiven Einfluss auf die seelische und körperliche Gesundheit und Entwicklung. Zudem trägt das Zusammensein im Verein dazu bei, soziale Kompetenz zu stärken oder zu erwerben.

SPORTANLAGEN ÖFFNEN, HERSCHELBAD ERHALTEN

Besonderes Gewicht legen wir auf den Breitensport. Hier steht die Stadt in besonderer Verantwortung, nicht nur in der Bereitstellung von Sportanlagen. Wir setzen uns dafür ein, dass Sportanlagen für die gesamte Bevölkerung geöffnet werden. Eine besondere Bedeutung für Mannheim hat das Herschelbad. Nachdem nun die äußere Sanierung angegangen wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass das Bad auch innen komplett renoviert wird und somit der Mannheimer Bevölkerung dauerhaft erhalten bleibt.

ZIELE DER SPORTPOLITIK

Wir werden auf die konsequente Umsetzung der Mannheimer Sportleitlinien achten. Insbesondere die Erfüllung von Integrationszielen, sowie die Berücksichtigung von Genderaspekten und dem demographischen Wandel müssen dabei im Vordergrund stehen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass allen Mannheimerinnen und Mannheimer, insbesondere auch Einkommensschwächeren, die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten ermöglicht wird. In dem Zusammenhang ist uns insbesondere eine Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus diesen Familien wichtig, damit diese nicht buchstäblich vor der Tür stehen.

JUGENDSPORT BESONDERS FÖRDERN

Ein besonderes Augenmerk muss die Jugendarbeit in Vereinen haben. Jugendarbeit muss selbstständig und frei agieren können: eigene Satzung, eigene Wahlen, eigener Etat. Nur wenn Jugendliche ernst genommen werden und ihre eigene Vereinsarbeit selbständig tun dürfen, werden sie sich auch nachhaltig für ihre Ziele einsetzen. Ein Verein der seine Jugendarbeit als Anhängsel betrachtet, wird wenig Zukunft haben.

SPITZENSPORT ALS ANREIZ

Neben dem Breitensport spielt auch der Spitzensport eine wichtige Rolle für Mannheim. Denn er ist Anreiz für eigene sportliche Betätigung und dient der Identifikation mit Stadt und Region. Beim Spitzensport sehen wir jedoch die finanzielle Verantwortung der Stadt als eng begrenzt an. Gerade bei den kommerziellen Sportarten Fußball, Handball und Eishockey ist die lokale und regionale Wirtschaft gefragt, diesen Spitzensport zu finanzieren und zu fördern.

14. BÜRGER-GESELLSCHAFT

Bürgergesellschaft heißt lebendiges und vielfältiges bürgerschaftliches Engagement und ist Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. Dazu gehören Partizipationsprojekte, in denen sich Bürgerinnen und Bürger zusammenschließen, genauso wie das organisierte Vereinsleben. Die Ergebnisse von Partizipationsprojekten müssen ernst genommen werden und dürfen nicht nur Fassade sein.

BÜRGERBETEILIGUNG FÖRDERN

Wir unterstützen die Prozesse der Lokalen Agenda 21. Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern muss von der Kommune unterstützt und ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Gemeinderat und Verwaltung müssen die Öffentlichkeit früher und umfassender informieren und die Menschen an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen aktiv beteiligen. Bürgerentscheide sollten zur Regelmäßigkeit werden. Für große Investitionsvorhaben wollen wir verbindlich Bürgerentscheide festlegen. Ebenso sollen mindestens einmal pro Wahlperiode zentrale Weichenstellungen auch unabhängig vom finanziellen Volumen den Bürgerinnen und Bürgern zur Entscheidung vorgelegt werden. Wir setzen uns ein für die Herabsetzung des Quorums der notwendigen Stimmen für einen Bürgerentscheid. Bürgerfragestunden sollen regelmäßig vor Sitzungen des Gemeinderates angeboten werden.

BEZIRKSBEIRÄTE STÄRKEN

Wir fordern eine Stärkung der Stadtteile durch eine Stärkung der Bezirksbeiräte. Zusätzlich zu Sockelbetrag, Einwohnerzahl und Anteil von Empfängern von Leistungen nach SGB II im Stadtteil soll sich das Budget der Bezirksbeiräte auch am Anteil von Kindern sowie von Migrantinnen und Migranten im Stadtteil orientieren. Wir setzen uns für eine Erhöhung der derzeitigen Budgets, nach der Auswertung erster Erfahrungen ein. Die Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte sollen zukünftig für jeden Stadtteil direkt gewählt und nicht vom Gemeinderat benannt werden.

Bürgerbeteiligung fördern

Bezirksbeiräte stärken

Jugendgemeinderat einrichten

Politik transparent machen

Bürger und Verwaltung gegen Diskriminierung

Schwul-lesbisches Leben stärken

Globale Verantwortung wahrnehmen

JUGENDGEMEINDERAT EINRICHTEN

Wir wollen einen demokratisch legitimierten Jugendgemeinderat einrichten. Er muss mit einem eigenen Budget ausgestattet werden und Zugang zu allen städtischen Ausschüssen erhalten. Parallel zu allen allgemeinen Wahlen soll eine Jugendwahl für 16- bis 17-Jährige durchgeführt werden.

POLITIK TRANSPARENT MACHEN

Transparenz von Politik und Verwaltung ist für uns ein wichtiges Ziel. Daher werden wir die Politik der Verschlusssachen beenden. Verwaltungsregelungen, die Bürgerinnen und Bürger betreffen, müssen auch für diese zugänglich sein. Weil wir ein echtes und umfängliches Akteneinsichts- und Auskunftsrecht wünschen, werden wir uns für die Erstellung einer Satzung einsetzen, die die Informationsfreiheit auf kommunaler Ebene regelt.

BÜRGER UND VERWALTUNG GEGEN DISKRIMINIERUNG

Wir stehen für Gleichberechtigung und lehnen jede Form von Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Identität ab. Leider ist Diskriminierung immer noch alltäglich. In Schulen und Jugendeinrichtungen wollen wir Anti-Gewalt-Projekte und die Aufklärungsarbeit weiter fördern. Im Rathaus verlangen wir die Einführung von Diversity Management. Darunter versteht man eine Führungskultur, die die Heterogenität der Beschäftigten achtet und zum Vorteil aller Beteiligten nutzt. Diskriminierung wird verhindert und Chancengleichheit verbessert.

SCHWUL-LESBISCHES LEBEN STÄRKEN

Mannheim ist ein Zentrum schwul-lesbischen Lebens. Die Stadt muss sich ihrer Verantwortung gegenüber Homosexuellen stellen und Beratungsangebote für Schwule und Lesben dauerhaft unterstützen. Als sichtbares Zeichen der Akzeptanz von Schwulen und Lesben soll die Stadt in Zukunft mit einem eigenen Wagen oder Stand am Christopher Street Day (CSD) teilnehmen und dessen Organisation finanziell unterstützen.

GLOBALE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN

Die Stadt Mannheim hat nicht nur eine Verantwortung für ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger. Sie muss auch ihren Teil zu übergeordneten Zielen wie Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Umweltschutz beitragen und Flagge zeigen. So werden wir darauf achten, dass diese Themen Teil des Austausches im Rahmen der Städtepartnerschaften Mannheims werden.

15. SICHERHEIT

Videoüberwachung abschaffen

Persönliche Daten schützen

Kommunalen Ordnungsdienst abschaffen

Sicherheit erhöhen

Mannheim duldet keine Neonazis

VIDEOÜBERWACHUNG ABSCHAFFEN

Die Videoüberwachung auf belebten öffentlichen Plätzen widerspricht dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Niemand weiß, wann und wobei er oder sie aufgenommen wurde und erfährt dies auch nicht. Diese Form öffentlicher Überwachung ist sofort abzuschaffen. Auch der zunehmenden privaten Überwachung von Teilen des öffentlichen Raumes werden wir entgegentreten.

PERSÖNLICHE DATEN SCHÜTZEN

Wir wenden uns nicht nur gegen die Überwachung durch Videokameras, wir treten für den Schutz jeglicher persönlichen Daten ein. Die Stadt Mannheim besitzt sensible Daten von allen Bürgerinnen und Bürgern. Hier ist eine besondere Sorgfaltspflicht geboten, die ausreichend überwacht wird. Um dieses zu gewährleisten, fordern wir die Einrichtung eines/einer unabhängigen kommunalen Datenschutzbeauftragten.

KOMMUNALEN ORDNUNGSDIENST ABSCHAFFEN

Wir wollen die Sicherheit erhöhen durch die Beseitigung von Angsträumen wie dunklen Ecken. Die Stadt Mannheim muss auf das Land Baden-Württemberg einwirken, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten insbesondere im Streifendienst nicht weiter zu verringern und die Polizeiposten vor Ort zu belassen. Der Kommunale Ordnungsdienst kann kein Polizeiersatz sein – er ist teuer, vermittelt ein falsches Sicherheitsempfinden und sein Nutzen bleibt überschaubar. Wir wollen den Kommunalen Ordnungsdienst langfristig abschaffen. Hierzu sind unnötige Verordnungen in der Polizeiverordnung zu streichen.

SICHERHEIT ERHÖHEN

Kriminalität hat viele Ursachen und kann nicht allein von Polizei und Justiz bekämpft werden. Der Städtebau, das Wohnumfeld, Angebote für junge Menschen, die Versorgung mit Wohnraum, genügend Arbeitsplätze – all das hat erhebliche präventive Wirkung. Kürzungen an dieser Stelle werden wir entgegentreten.

Bei der Stadtplanung muss zukünftig stärker auf das Vermeiden möglicher Angsträume geachtet werden. Wir wollen Unterführungen vermeiden, Menschen gehen natürlich lieber oberirdisch über die Straße. Mittelfristig soll die so genannte Borelly-Grotte geschlossen werden.

MANNHEIM DULDET KEINE NEONAZIS

Wir werden keine politischen Gruppen dulden, die andere Menschen allein wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft, politischen Orientierung, sexuellen Identität, Behinderung oder Religion anpöbeln oder angreifen. Jeder Neonazi in Mannheim ist einer zu viel. Als Gegenmaßnahme setzen wir auf Aufklärung sowie Maßnahmen, mit denen Jugendliche aus ihrer Perspektivlosigkeit herausgeholt werden.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
KREISVERBAND MANNHEIM
WALDHOFSTRASSE 4
68169 MANNHEIM

TELEFON 0621-22920
WWW.MANNHEIM-BEGRUENEN.DE
2009@MANNHEIM-BEGRUENE.DE

GRAFIK&LAYOUT:
GERHARD@FONTAGNIER.DE
FOTOS: PETRA ARNOLD

SPENDENKONTO:
NR. 30108680 - BLZ 67050505
SPARKASSE RHEIN NECKAR NORD

V.I.S.D.P. DIRK GRUNERT,
WALDHOFSTRASSE 4,
68169 MANNHEIM

MANNHEIM BEGRÜNEN